



# Die für wehrlos Gehaltenen werden sich wehren!

**Rede von Diether Dehm, 26. September 2012**

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Fricke, der Herr Kollege Schneider hat ausdrücklich die Aussagen des Herrn Weidmann in der Neuen Zürcher Zeitung zitiert, und Sie sprechen von Brandstifterei. Ich glaube, da hatten Sie nicht nur Ihr Gemüt, sondern auch Ihre Worte nicht unter Kontrolle. Ich würde mit diesen Worten etwas vorsichtiger sein.

Bis gestern Abend wollten Sie hier überhaupt nicht diskutieren. Es ist unserer Drohung mit einer einstweiligen Verfügung zu verdanken, dass es überhaupt zu dieser Diskussion gekommen ist. Und es war unsere Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die bewirkt hat, dass es überhaupt die beiden völkerrechtlich verbindlichen Vorbehalte zum ESM gibt.

(Otto Fricke (FDP): Sie haben doch verloren!)

Angesichts der Tatsache, dass das

Bundesverfassungsgericht vorletzte Woche die beiden entsprechenden Auflagen erteilt hat, erstaunt schon die Einschätzung der Bundesregierung, dass es sich hierbei um keine Vertragsänderung handelt. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts war eben nicht eindeutig geregelt, dass die Haftungsobergrenze von 190 Milliarden Euro nur nach Zustimmung des Bundestags überschritten werden darf. Genauso wenig war gewährleistet, dass der Bundestag als demokratisch legitimiertes Parlament unterrichtet wird, trotz der Schweigepflicht der lediglich ernannten und nicht gewählten ESM-Mitarbeiter.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:  
Kollege Dehm, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lammert?

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):  
Ja, natürlich.

Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU):  
Lieber Kollege Dehm, würden Sie liebenswürdigerweise zur Kenntnis nehmen, dass es zur Ansetzung dieses Tagesordnungspunktes nicht der Drohung mit einer einstweiligen Verfügung bedurft hat, sondern dass, nachdem ich jede einzelne Fraktion angeschrieben hatte, ob sie nach dem Verfahrensvorschlag, den die Bundesregierung zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gemacht hat, noch zusätzlichen Diskussionsbedarf sieht, die Anmeldung dieses Diskussionsbedarfs durch Ihre Fraktion unverzüglich zu einem Einvernehmen aller Fraktionen zur sofortigen Ansetzung dieses heutigen Tagesordnungspunktes geführt hat, was Ihnen nun Gelegenheit zu dieser famosen Rede bietet?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

sowie bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Bundestagspräsident, ich präzisiere meine  
Aussage: Durch das Schreiben des Kollegen Gregor  
Gysi sind die Rechte dieses Bundestages, die  
natürlich bei Ihnen in den besten Händen liegen,  
gegenüber bestimmten Willkürmaßnahmen der  
Bundesregierung noch einmal aktiviert worden. Ich  
danke Ihnen sehr, ich glaube, auch im Namen des  
Kollegen Gysi, dass wir gemeinsam gestern zur  
Auffassung gekommen sind, diese Debatte zu führen.  
Erlauben Sie mir nur diese Spekulation: Ohne uns  
wäre es vielleicht nicht möglich gewesen. - Ich danke  
Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst wenn, wie der Herr Staatssekretär Kampeter in  
seinem Schreiben vom 21. September ausführt - ich  
zitieren: „lediglich der Inhalt des ESM-Vertrags  
klargestellt wird“ und sich diese Neufassung - ich  
zitieren erneut - „vollständig im Rahmen der stets von  
Bundesregierung und Bundestag vertretenen  
Auslegung bewegt“, so ist und bleibt das Ihre  
subjektive Meinung, die man schätzen mag. DIE  
LINKE sieht dies allerdings so wie das  
Bundesverfassungsgericht, das die Geltendmachung  
dieser Vorbehalte ausdrücklich eingefordert hat.  
Damit haben wir es eindeutig mit einer  
Vertragsänderung zu tun, und sie erfordert sehr wohl  
die Zustimmung und Ratifizierung durch die  
Parlamente der vertragsschließenden Parteien,  
gegebenenfalls auch die Billigung durch  
Volksabstimmung.

Glauben Sie nicht, dass mit Ihrem überhasteten und  
unsauberen Vorgehen den Auflagen des

Bundesverfassungsgerichts nachgekommen werden kann! Und glauben Sie nicht, dass mit Ihrem Vorgehen das jetzt schon angeschlagene Vertrauen der Menschen in diese Europapolitik gestärkt würde! Die Umfragen zeigen: Die Menschen schütteln über solche EU-Winkelzüge nur noch den Kopf.

Das Mindeste, was verlangt werden kann, ist eine ordnungsgemäße parlamentarische Behandlung im Bundestag und eine Überweisung an seine Ausschüsse, wie wir es als LINKE in diesem Falle vergeblich gefordert haben. Wenn hier stattdessen wieder einmal der Bundestag unter unwürdigen Zeitdruck gesetzt wird und Trickserei an die Stelle eines nachvollziehbaren und fairen Verfahrens treten soll, dann sind Sie ein weiteres Mal an dem zunehmenden Misstrauen gegenüber der EU schuld.

Ich bin ganz sicher, dass die Wählerinnen und Wähler Ihnen für Ihre Spekulantenpflege eine entsprechende Quittung bei Wahlen erteilen werden; denn dann, wenn es um Spekulanten geht, geht es holterdiepolter und schnell, und wenn es um die Interessen der sozial Betroffenen geht, gibt es ewige bürokratische Vorgänge, etwa die Schuldenbremse, unter der dann Länder und Kommunen, Krankenhäuser und Schulen leiden.

(Norbert Barthle (CDU/CSU): Endlich beim Thema!)

Warum zwingen Sie, Frau Merkel - sie ist jetzt nicht da -, Länder in ganz Europa immer nur zu brutalen Regeln gegen Rentnerinnen und Lehrer und nie dazu, Steueroasen rechtsverbindlich auszutrocknen? Trocknen Sie diese aus! Gehen Sie einmal den griechischen Steuerhinterziehern an die Wäsche, die die 200 Milliarden in die Schweiz und nach Liechtenstein verbracht haben, die nötig wären, um die griechische

Krise zu lösen! Und sorgen Sie dafür, dass Staaten und öffentliche Hand neue Einnahmen bekommen! Das ist die eigentliche Ursache der Krise: dass die Staaten in ihren Einnahmen gehemmt werden, und zwar auch durch diese Bundesregierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie Rücksichtslosigkeit an den Tag legen wollen, Frau Merkel, dann tun Sie es gegenüber den Verursachern und Profiteuren der Krise, gegenüber Zockerbuden, Spekulanten und Finanzhaien, aber nicht gegenüber jenen, von denen Sie glauben, sie könnten sich nicht wehren.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn sie werden sich wehren, und Sie werden sehen, dass sie sich auch in ganz Europa dagegen erheben werden.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)